

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : I-35

By Ms / ~~Mr~~ : Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Status : - Member - ~~Alternate~~

Artikel I-35: ~~Delegierte Verordnungen~~ Übertragung von Gesetzgebungsbefugnissen

(1) In Europäischen Gesetzen und Rahmengesetzen kann der Kommission die Befugnis übertragen werden, delegierte Verordnungen zur Ergänzung oder Änderung bestimmter nicht wesentlicher Vorschriften des betreffenden Gesetzes oder Rahmengesetzes zu erlassen.

In den betreffenden Gesetzen und Rahmengesetzen werden Ziele, Inhalt, Geltungsbereich und Dauer der Übertragung ausdrücklich festgelegt. Für die wesentlichen Vorschriften in einem Bereich ist eine Übertragung ausgeschlossen. Diese sind dem Gesetz oder dem Rahmengesetz vorbehalten.

Bevor die Kommission eine delegierte Verordnung erlässt, informiert sie darüber rechtzeitig das Europäische Parlament und den Rat.

(2) In diesen Gesetzen oder Rahmengesetzen wird ausdrücklich festgelegt, unter welchen Bedingungen eine Übertragung vorgenommen werden kann. Dabei bestehen folgende Möglichkeiten:

- Das Europäische Parlament oder der Rat können beschließen, die Übertragung zu widerrufen; *bereits erlassene Verordnungen sind daraufhin durch die Kommission unverzüglich aufzuheben.*
- Die delegierte Verordnung kann nur in Kraft treten, wenn das Europäische Parlament oder der Rat innerhalb der im Gesetz oder Rahmengesetz festgelegten Frist keine Einwände erheben.

Für die Zwecke von Unterabsatz 1 beschließt das Europäische Parlament mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder und der Rat mit qualifizierter Mehrheit.

Explanation (if any) :

Titel:

Art. I-35 beschreibt die Übertragung von Gesetzgebungsbefugnissen, nicht die delegierten Verordnungen. Das sollte auch aus dem Titel deutlich werden.

Absatz 1 Unterabsatz 3:

Übernahme des Inhalts des Punktes 13 der Rahmenvereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission vom 5.7.2000 (Dok. C5-0349/2000) zur Sicherung des Widerrufsrechts der Gesetzgebungsorgane.

Absatz 2 Spiegelstrich 1:

Aus Gründen der Rechtssicherheit sollte dem Widerruf keine unmittelbare Außenwirkung zukommen. Er sollte lediglich die Pflicht der Kommission begründen, etwaige Verordnungen nach den einschlägigen Bestimmungen unverzüglich aufzuheben.